

An die
Mitgliederversammlung Frankfurt/Main
Per Mail an: Jan Sen (niemandandersalsichselbst@gmail.com)

Zur Kenntnis an den PV



Bildungskommission

Essen, im August 2024

Liebe Genossinnen und Genossen,

auf Eure ausführliche Mitteilung zur Bildungszeitung „Der Charakter des Faschismus. Erfordernisse an die Analyse der faschistischen Gefahr in der heutigen Zeit“, die uns am 21. August zugegangen ist, möchten wir nachfolgend antworten.

1. Welche Form darf/muss eine Bildungszeitung haben?
2. Auswahl der kritisierten Inhalte

Zu Punkt 1: Welche Form darf/muss eine Bildungszeitung haben

Der Text der jetzigen Bildungszeitung war als Artikel in der UZ erschienen und wurde dann in der Form einer Bildungszeitung mit Arbeitsfragen und Zusatzmaterialien der Partei an die Hand gegeben.

Die Form einer schriftlichen oder mündlichen Äußerung, ob Rede, Vortrag, Artikel, Aufsatz, richtet sich nach Zweck und Zielsetzung. Das gilt auch für die Form der „Bildungszeitung“. Die Bemerkung auf Seite 3 „mal am Rande“, was eine Bildungszeitung müsste und was nicht, teilen wir nicht. Wir werden jedoch Eure Kritik als Anregung aufgreifen und überprüfen, für welche Dokumente wir die Bezeichnung „Bildungszeitung“ verwenden wollen oder ob es weniger verwirrend ist, wenn wir für Texte, die eher praxisbezogen und geprägt von einer tieferen Analyse der Wirklichkeit sind eine andere Bezeichnung/Form wählen.

Ihr konstatiert zwar, dass die Bildungszeitung etwas Richtiges will und Ihr findet das nicht nur löblich – herzlichen Dank! - sondern auch nötig, habt allerdings nicht erfasst, dass das zentrale Bildungselement, um das es ging, die Bedeutung des Militarismus und der Kriegstreiberei ist, ohne die die Gefahr des Faschismus nicht richtig eingeordnet werden kann. Das spielt in Eurer Stellungnahme - und somit wohl auch in Eurer Diskussion - keine Rolle.

Aus diesem unterschiedlichen Herangehen leiten sich dann viele Eurer Kritikpunkte ab. Es wird auffällig oft der Konjunktiv verwendet. „Zu beginnen wäre mit einer Charakterisierung des Faschismus an der Macht und als Bewegung.“ Man hätte mit Opitz ..., es würde Opitz entsprechen, ... diese Punkte wären einzuschätzen ..., eine Bildungszeitung müsste den Anspruch haben ...

Wir betrachten Bildungszeitungen auch als Mittel, mit dem die Partei ihre Analysen weiterentwickelt und schärft. Die jetzige Bildungskommission sieht es hierbei als Aufgabe zu gewährleisten, dass Genossinnen und Genossen auf allen Ebenen in die Diskussion einbezogen werden können. Insbesondere im aktuellen Fall, in dem es nicht um eine innertheoretische Diskussion geht, sondern um Problemstellungen, die sich aus ganz konkreten politischen Ereignissen ergeben, z.B. in dem sich Antifaschisten gemeinsam mit der Regierung auf der Straße finden.

Wir wollen Formate anbieten, die unterschiedliche Ebenen bedienen. In der Einleitung der Bildungszeitung wird darauf hingewiesen, dass weitere Materialien zu finden sind unter <https://dkp.de/partei/theorie-und-bildung/>. Hier sind Hilfsmittel eingestellt (Auszüge aus den Präsentationen zur Bildungszeitung „Reaktionärer Staatsumbau“) sowie weiterführende Texte. Hier finden sich Autoren, die wir – genauso wie Ihr – als bedeutsam zum Thema Faschismus betrachten. Allerdings haben wir auch Texte von Autoren aufgenommen, denen Ihr unterschwellig Kompetenz abspricht, weil sie keine „Faschismusforscher“ wären. Diese vertiefenden Texte sind insbesondere für Bildungsverantwortliche gedacht, die sie zur Vorbereitung und Durchführung der Diskussion in den Grundeinheiten ergänzend hinzuziehen können.

Es ist eine gute Anregung von Euch, zentrale Definitionen und Erläuterungen in einer Bildungszeitung beizugeben. Darauf werden wir in Zukunft besser achten. Das ist immer auch eine Frage, wieviel an Text für die Diskussion in die Partei gegeben wird, so dass eine Behandlung des Themas auf Gruppenabenden möglich ist. Wir sind damit noch nicht zufrieden, weil wir immer die Gradwanderung zwischen zu viel und zu wenig haben. Wir sehen aufgrund von Rückmeldungen zur Nutzung von Angeboten im Internet derzeit als beste Form die Veröffentlichung von Artikeln in der UZ. In der aktuellen Debatte haben wir dies u.a. getan durch den Artikel von Jürgen Lloyd in der Ausgabe vom 2. August („Der Klassenkampf um Frieden und Demokratie“) und von Ursula Vogt in der Ausgabe vom 23. August („Nicht für dumm (ver)kaufen lassen“).

Zu Punkt 2: Auswahl der kritisierten Inhalte

Das unterschiedliche Herangehen an die Aufgaben einer Bildungszeitung im Allgemeinen und an diese im Konkreten hat Implikationen.

Auf die erste, die ausufernde Verwendung des Konjunktivs, sind wir schon weiter oben eingegangen. Wir nehmen zur Kenntnis, dass Ihr eine andere Vorstellung vom Bedarf habt. Ihr schreibt viel darüber, was nicht in der Bildungszeitung steht. Was nicht geschrieben ist, ist logischerweise immer mehr als das, was konkret geschrieben steht. Die politische Frage ist, welche Auswahl aufgrund welcher Schwerpunktsetzung und welcher Zielgruppe erfolgt.

Die zweite: Viele von Euch inkriminierte Versäumnisse finden sich an anderer Stelle und mit anderen Worten in der Bildungszeitung.

- So z.B. die Unterscheidung von Faschismus an der Macht und Faschismus als Bewegung. Damit hätte man Eurer Meinung nach beginnen müssen. Wieso gerade damit? Wieso nicht – wie es die Bildungszeitung macht – mit der zentralen Frage der Kriegsgefahr?
- Den Teil, welche Funktionen Faschismus als Bewegung hat, kann man als Aufzählung machen wie Ihr, das kann man aber auch als Fließtext schreiben, wie es die Bildungszeitung tut.
- Ebenso die Rolle der AfD und die Frage der Integrationsbemühungen. Die längeren Ausführungen von Jürgen Lloyd Seite 5 sind in der Tat lesenswert, in ihren Kernaussagen allerdings in der BiZ enthalten.

Hier werden Stilfragen zu inhaltlichen Fragen hochgepuscht.

Die dritte Implikation: Die entscheidende Frage, die des Militarismus, kommt in Euren Forderungen, was eine Bildungszeitung inhaltlich leisten muss, und zwar aktuell, nicht vor. Zur heutigen politischen Lage gehört, dass es seitens der Regierenden ein erfolgreiches ideologisches Verwirrspiel zur Verfälschung der politischen Lage gibt, die nicht durch eine akute Faschismusgefahr, sondern durch eine dramatische Kriegsgefahr gekennzeichnet ist. Zudem: Krieg ist das „Lebenselixier des Faschismus“ (Manfred Weißbecker).

Zu einigen Teilaspekten möchten wir Stellung nehmen:

Seite 1 („Ich teile die Einschätzung ...“): Es ist nicht nachvollziehbar, wie Ihr aus einer Arbeitsfrage herauslesen könnt, dass wir nicht wüssten, dass das Kapital die faschistische Herrschaftsform der bürgerlichen vorziehen kann. Das ist allerdings eines der Themen, an denen man Lenin hätte ergänzen können: „Die Allmacht des 'Reichtums' ist in der demokratischen Republik deshalb sicherer, weil sie nicht von einzelnen Mängeln des politischen Mechanismus, von einer schlechten politischen Hülle des Kapitalismus abhängig ist. Die demokratische Republik ist die denkbar beste politische Hülle des Kapitalismus, und daher begründet das Kapital, nachdem es ... von dieser besten Hülle Besitz ergriffen hat, seine Macht derart zuverlässig, derart sicher, daß kein Wechsel, weder der Personen noch der Institutionen noch der Parteien der bürgerlich-demokratischen Republik, diese Macht erschüttern kann.“ (LW 25/405)

Seite 1 unten: Das ist nun wirklich demagogisch: dass hier ausgesagt sei, man müsste nur die Hände in den Schoß legen, um den Faschismus zu verhindern. Wie kann man diese Aussage so missverstehen? Sie sollte – spätestens seit der Bildungszeitung „Reaktionärer Staatsumbau“ – Allgemeingut der Partei sein. Es geht hier darum, dass die Maßnahmen und die Politik von Regierung und Kapital den Interessen der Menschen nicht gerecht werden, diese so in Widerspruch dazu geraten und Protest entstehen kann – und zwar auch in Formen und mit Inhalten, die wir ablehnen. Es sind diese Phänomene der PEGIDA-Demos, der Proteste in Zeiten von Corona, des AfD-Zuspruchs, die wir eben nicht mit „Das sind doch alles Nazis“ abtun können, wie es gerade junge Antifas häufig tun.

Das auf Seite 2 von Euch wiedergegebene Zitat von Opitz zur Rechtsentwicklung ist hilfreich und auch eines, das man einer Bildungszeitung begeben kann.

Seite 4: zu Ekkehard Lieberam: Hinsichtlich AfD macht sich Lieberam keine Illusionen. Wir sind sicher, dass Lieberam an der Kritik interessiert ist und wir geben Euch gerne seine Email-Adresse, falls Ihr an einem direkten Austausch interessiert seid. Fürs erste empfehlen wir Euch, den in den Zusatzmaterialien angegebenen Text zu diskutieren.

Wir stimmen völlig mit Euch überein, dass die Einschätzung der AfD, ihrer Rolle, ihrer Entwicklung weiterhin der gründlichen Beobachtung und Analyse bedarf.

Seite 6: Die Bildungszeitung arbeitet unsauber:

- Zur VVN: Die Bezeichnung der Kampagne „Höcke ist ein Nazi“ als substanzlos ist noch sehr vorsichtig formuliert, wie es auch aus einer Stellungnahme von Conny Renkl und Kameraden hervorgeht, die alle Mitglied der VVN sind. Wir greifen hier auch nicht „einen Bündnispartner“ „mit scharfen Vorwürfen“ an, sondern wir benennen die Irreführung, die herauskommt durch die Kräfte in der VVN, die die VVN zu einem Teil des staatstragenden Antifaschismus machen wollen. Und was hat das zu tun mit einer Eurer Ansicht nach fehlenden öffentlichen selbstkritischen Bewertung unserer antifaschistischen Arbeit?
- Die Rolle des Kleinbürgertums und der Ideologie des Liberalismus muss als Element des ideologischen Kampfes Beachtung finden. Das ist hier in der Tat nur sehr kurz als Element des Themas

Massenbasis angerissen und sicherlich ein komplexes Thema. (Siehe auch Opitz.) Ihr schreibt: „Das müsste uns mal jemand erläutern“. Flapsig formuliert, aber wir werden es beachten.

- Dass der Staat dem Kapital willfährig ist wissen wir. Dass der Staat aber häufig als über den Klassen stehend gesehen wird, wissen wir auch. Es geht in der Tat manchmal auch „weniger willfährig“. – Pardon, aber das ist nun wirklich Korinthenkackerei.

Wir möchten zu den Inhalten noch ergänzen:

Ein Problem Eurer Kritik besteht darin, dass sie Faschismus nur in zwei Formen behandelt - als Bewegung und als Herrschafts- bzw. Staatsform. Er ist aber auch als Ideologie präsent. (Wolfgang Heise und Joachim Petzold haben sich mit diesem Thema in der DDR besonders befasst, Werner Röhr weist auf die Bedeutung dieser Arbeiten hin: "Faschismus, Weltkrieg, Widerstand. Zur historischen Faschismusforschung in der DDR".) Wir sehen hier auch durchaus für die Bildungsarbeit relevante Fragestellungen, denen wir uns noch vermehrt widmen müssen. Zu den Faschismusforschern, die wir hierzu heranziehen, sind insbesondere Gossweiler, Eichholtz, Röhr, Pätzold und Weißbecker zu nennen. Togliatti macht in seinen „Vorlesungen über Faschismus"-deutlich, dass die faschistische Ideologie die imperialistische Ideologie pur ist - der Konservatismus ihr Wortgeber - , dass also diese Ideologie wie ein Chamäleon ist, die sich der Situation anpasst, also niemals vergessen werden darf, was das Ziel des Faschismus ist: mit Hilfe der Massenbasis den Übergang des Finanzkapitals zur terroristischen Herrschaftsform zu ermöglichen, um insbesondere die Arbeiterbewegung zu zerschlagen. Dass der Faschismus von oben und von unten installiert werden kann, ist seit Dimitroff bekannt, der dies auch so sagte - bereits vor dem VII. Weltkongress. In Deutschland hat es das Monopolkapital zunächst von oben versucht (Kapp-Putsch). Der Versuch scheiterte, es war sogar die Gefahr greifbar, dass es zum bewaffneten Aufstand kommt. Das deutsche Monopolkapital bekam kalte Füße. Der zweite Anlauf lief über Wahlen in Verbindung mit Betrug und Verarschung der Wählermassen (Hindenburg). Dieser Versuch klappte, es war ein scheinbar "legaler Weg". Die KPD hatte vor ihm gewarnt: Wer Hindenburg wählt Auch wenn der Faschismus von oben installiert wird (Militärputsch, Regierung ...) geht es letztlich um nachträgliche Schaffung einer Massenbasis. Das ist so, weil sich dahinter in der einen oder anderen Weise das Integrationsproblem, wie es Opitz nannte, der es aber nicht als erster entdeckt hat, verbirgt. Die Variante von oben sah z. B. Gossweiler, der ausführlich auf die Beispiele eingeht, für die Gegenwart als die wahrscheinlichere an.

Wir müssen festhalten, dass der Wechsel der Staatsform erfolgt: a) hauptsächlich, um dem Kapitalismus dauerhaftes Leben zu sichern: „Tausendjähriges Reich" b) vorbeugend gegen die Revolution c) um schneller den Krieg führen zu können - Ihr zeigt das auch auf. Der Staatsformwechsel bei Kontinuität des Inhaltes der Macht (bürgerlich) ist auch Ausdruck eines Differenzierungsprozesses innerhalb der Monopolbourgeoisie. Bei dem wichtigen Aspekt, dass in der Haltung zum Faschismus die Bourgeoisie (nicht einmal die Monopolbourgeoisie) kein monolithischer Block ist, müssen wir auch beachten, dass das Ende des historischen Faschismus gezeigt hat, dass diese Staatsform, die natürlich nicht aus der Welt ist, selbst für die herrschende Klasse gefährlich wurde; und mit ihr auch nicht alle angestrebten Ziele erreicht werden konnten. Das führt ebenfalls zu einer Differenzierung innerhalb der herrschenden Klasse.

Zusammenfassend:

Euer Herangehen bleibt leider eine rein innertheoretische Argumentation. Es wird nicht die heutige Wirklichkeit tiefer untersucht, sondern es werden die Aussagen über die Wirklichkeit (in der

Bildungszeitung) bloß gegen ein vorhandenes theoretisches Raster (Aussagen von Autoritäten) abgeglichen. Damit steht man sicher ÜBER allen Stürmen der Zeit.

Zum Schluss:

Formal wundert uns, dass Eure Stellungnahme, also die Stellungnahme einer Mitgliederversammlung, in der Ich-Form abgegeben wird.

Eure Kritik kommt insgesamt ziemlich von oben herab, mit einem verächtlich machenden Schluss: „Fragen über Fragen ...“. Nun gut, das kann man schon so machen. Ausgesprochen unsolidarisch ist jedoch die Email, mit der die Kritik durch Jan an den Parteivorstand und die Bildungskommission übermittelt wurde. Da heißt es: „Wir bitten um Rückmeldung zur Kritik und auch zu der Frage, warum in Bildungszeitungen zu Fragen des Faschismus nicht mehr auf die "Klassiker" Opitz, Dimitroff und Gossweiler zurückgegriffen wird.“ Wobei das eine Unterstellung ist, da es nicht um Zitate, sondern um Inhalte geht, die wir natürlich Gossweiler usw. entnommen haben und mit eigenen Worten wiedergeben. Es könnten auch noch andere Autoren genannt werden - zum Beispiel Bachmann, Abendroth, Kühnel.¹

Was berechtigt den oder die Autoren also, die Bildungskommission als Ignoranten hinzustellen? Schlimmer noch, was berechtigt sie dazu, gegenüber der Bildungskommission unterschwellig die Frage nach der richtigen ideologischen Linie aufzumachen? Ist dieser Begleittext tatsächlich so abgesprochen?

Wir haben Eure Kritik aufmerksam studiert und unsere Antwort kollektiv besprochen. Wir sehen wichtige Anregungen und wir werden – auch in Zusammenhang mit den Leitgedanken zur „Zeitenwende des Imperialismus“ (UZ vom 16. August 2024) - an diesem wichtigen Thema weiterarbeiten. Eine solidarischere Art und Weise der Kritik würden wir begrüßen.

Mit roten Grüßen

Richard Höhmann

Ursula Vogt

Im Auftrag der Bildungskommission

¹ Da Ihr direkt auf Prof. Dr. Ekkehard Lieberam angespielt habt, den Ihr erst einmal brüskieren musstet, möchten wir Euch einige Informationen zu seiner Person übermitteln: Er war als Verfassungsrechtler und Staatstheoretiker Bereichsleiter an der Akademie der Wissenschaften der DDR (Politisches System), dann Professor an der Karl-Marx-Universität Leipzig, er hat auch am Institut für Internationale Politik und Wirtschaft gearbeitet. Lieberam unterstützte die DKP schon zu DDR-Zeiten an der KLS und in der DDR selbst mit Schulungen, ist Mitglied der Marx-Engels-Stiftung und war dort auch Vorstandsmitglied, hat hier das Projekt Klassenanalyse@BRD wieder aus der Taufe gehoben und die Leverkusener Gespräche maßgeblich befördert, schreibt in den Marxistischen Blättern und in Z.